

Die kommunale Wohnungsgesellschaft trägt eine klare sozialdemokratische Handschrift

Liebe Genossinnen und Genossen,

Ende Mai 2019 stimmten 76,44 %, das sind 56.512 Osnabrückerinnen und Osnabrücker, in einem Bürgerentscheid für die Gründung einer kommunalen Wohnungsgesellschaft – eine klare Botschaft aus der Bürgerschaft an die Politik, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Unsere Osnabrücker SPD als Partner des Bündnisses für bezahlbaren Wohnraum hat zum Gelingen des positiven Bürgerentscheids zu einem sehr großen Teil beigetragen. Ohne Euch Genossinnen und Genossen wäre es nicht möglich gewesen. Dafür sagen wir herzlichen Dank! Es zeigt uns, dass wir für unsere sozialdemokratischen Ziele zusammenstehen und uns für unsere Werte einsetzen.

Die Politik folgte dem Wunsch des Bündnisses für bezahlbaren Wohnraum, einen Projektausschuss einzurichten. Dieser nahm im Oktober 2019 seine Arbeit auf, um die Gründung der kommunalen Wohnungsgesellschaft (KWG) vorzubereiten. Der Vorsitz dieses Projektausschusses liegt in unserer Hand und trägt somit auch unsere Handschrift. Unser ehrgeiziges Ziel ist es, die KWG zügig bis Mitte 2020 zu gründen. Dem Projektausschuss stellten sich wichtige Fragen, unter anderem: Wird die KWG direkt bei der Stadt angesiedelt oder wird sie eine Tochter der Stadt? Wie soll die Gesellschaftsform aussehen? Und das Wichtigste: Wie schaffen wir eine hohe Quotierung an Sozialwohnungen für Menschen mit geringem Einkommen, ohne die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens aus den Augen zu verlieren?

Die KWG soll nicht gewinnorientiert arbeiten, aber auch nicht defizitär, sodass sie, wie es in der Vergangenheit war, ins Kreuzfeuer der Kritik kommt. Viele von Euch werden sich an den Verkauf der damaligen OWG erinnern, gegen den die SPD damals gestimmt hatte.

Im weiteren Verlauf der Ausschussarbeit kristallisierte sich heraus, dass die Stadtwerke Osnabrück als Tochter der Stadt Interesse haben, die KWG zu gründen. Die SPD im Rat der Stadt Osnabrück sieht das sehr positiv und spricht sich dafür aus. Denn die Stadtwerke haben einen eingearbeiteten Mitarbeiterpool mit Immobilienkompetenz, aus dem sie schöpfen können. Sie schaffen Synergieeffekte, da die Stadtwerke den Mietern

neben den bezahlbaren Wohnungen auch Energie- und Mobilitätskonzepte sowie Mieterstrommodelle anbieten können. Die zweite Miete, sprich die Nebenkosten, können die Stadtwerke bezahlbar halten.



Grafik: Stadtwerke Osnabrück

Die Stadt wird 25 % Eigenkapital in die Gesellschaft einbringen. Das kann durch Bareinlagen oder durch Einbringung städtischer Grundstücke in die KWG erfolgen. In den nächsten zehn Jahren sollen 1000 Wohnungen entstehen. Der Gegenwert der 25%igen Kapitaleinlagen beträgt in dieser Zeit etwa 50 Mio. Euro.

Von den 1000 zu bauenden Wohnungen sollen 40 % bezahlbarer Wohnraum zu 5,80 Euro Miete/qm sein, für Menschen mit geringem Einkommen und Wohnberechtigungsschein (Sozialbindung), 20 % bezahlbarer Wohnraum zu 7,20 Euro Miete/qm für Bürger mit niedrigem bis zu mittlerem Einkommen und schließlich 40 % zu ca. 10 Euro Miete/qm im frei finanzierten Wohnungsbau für Menschen, die bspw. als Angestellte, Arbeiter oder Beamte ein normales Einkommen verdienen, aber dennoch Schwierigkeiten haben, eine einkommensgemäße Wohnung am Markt zu finden.

Der Überschuss, den die KWG erwirtschaftet, wird wieder in den Wohnungsbau zurück investiert.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir wollen diesen Weg mit Euch gemeinsam gehen und Euch in diesem Prozess der Gründung mitnehmen. Mit aller Wahrscheinlichkeit werden wir mit einer Mehrheit von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen die Wohnungsgesellschaft als Tochter der Stadtwerke am 7. Juli im Rat beschließen. Damit setzen wir in Rekordzeit, in kaum mehr als einem Jahr nach dem Bürgerentscheid, diesen erfolgreich um. Das ist ein großer Erfolg, den wir auch als unseren sozialdemokratischen Erfolg feiern sollten, denn wir korrigieren einen Fehler der damaligen CDU/FDP-Ratsmehrheit.

Alle Ungerechtigkeiten in der Wohnwelt wird die KWG nicht beheben können. Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit bleiben leider in unserer Gesellschaft ein Dauerthema, an dem wir hart arbeiten müssen. Wir müssen uns einsetzen gegen Gentrifizierung und Ghettoisierung und für bezahlbaren Wohnraum für geringe und mittlere Einkommen. Das tun wir mit unserer neuen Tochtergesellschaft.

Der kommende Aufsichtsrat wird überwiegend aus Ratsmitgliedern bestehen. Diese sind in der Pflicht, auf die Sozialquote zu achten, wie natürlich auch auf die Geschäftsführung. Zudem wird es einen Beirat geben, der sich mit der Mieterauswahl beschäftigt und dem eine hohe Verantwortung zugesprochen wird.

Lasst uns diesen Weg gemeinsam positiv beschreiten. Die KWG muss nun zeigen was sie kann. Im Sommer 2021 soll es die ersten Wohnungen geben und die ersten Mieter können einziehen. Wir glauben fest daran, dass die kommunale Wohnungsgesellschaft vielen Menschen ein schönes, bezahlbares Zuhause bieten wird.

SUSANNE HAMBÜRGER DOS REIS
UND FRANK HENNING



Neumitglieder

In diesem Monat freuen wir uns, ein Neumitglied im Ortsverein Nord in der Osnabrücker SPD begrüßen zu dürfen!



Redaktionsschluss

Der Redaktionsschluss für die September-Ausgabe ist der **21. August 2020**. Bitte schickt bis dahin alle Termine, Berichte und Ankündigungen ein, die veröffentlicht werden sollen. Für Anregungen und Wünsche erreicht Ihr die Redaktion unter:

freipresse.os@gmail.com



Impressum

V.i.S.d.P.: SPD-Unterbezirk Osnabrück-Stadt (Vorsitzender: Manuel Gava), Lengericher Landstr. 19 b, 49078 Osnabrück; **SEITE 4** ist eine Anzeige der OS-SPD-Ratsfraktion. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

ERSTMALIGE VERLEIHUNG DES ALWINE-WELLMANN-PREISES**Ehrenamt sichtbar machen!**

Die Osnabrücker SPD verleiht 2020 erstmalig den Alwine-Wellmann-Preis. „Mit dem Alwine-Wellmann-Preis wollen wir ehrenamtliches und freiwilliges bürgerschaftliches Engagement in unserer Friedensstadt Osnabrück würdigen“, erklärt Timo Spreen, stellvertretender Vorsitzender der Osnabrücker SPD, zur erstmaligen Verleihung des Preises. Der Alwine-Wellmann-Preis richtet sich insbesondere an Organisationen, Projekte oder Initiativen aus der Stadt Osnabrück, welche sich im Sinne der Namensgeberin in besonderer Weise um das Gemeinwohl verdient gemacht haben oder den sozialen Zusammenhalt und das demokratische Miteinander fördern. „Der Preis ist mit insgesamt 1.000 Euro dotiert und soll denjenigen zugutekommen, die sich aktiv für Respekt, Toleranz und demokratische Grundwerte in unserer Gesellschaft stark machen“, führt Spreen weiter aus.

„Mit der Namensgeberin Alwine Wellmann wollen wir eine engagierte und cou-



ragierte Sozialdemokratin ehren, die sich schon früh für die Gleichberechtigung beider Geschlechter eingesetzt hat“, erklärt Manuel Gava, Vorsitzender der SPD Osnabrück, die Wahl der Namensgeberin. Alwine Wellmann war die erste Frau aus der Region Osnabrück, die nach Einführung des Frauenwahlrechts in ein deutsches Parlament gewählt wurde. „Wir sehen durch den Preis die Möglichkeit, die Bedeutung und Würdigung des Ehrenamtes in unserer Gesellschaft zu

stärken und möchten ‚unsichtbare Arbeit‘ sichtbar machen. Schließlich ist freiwilliges Engagement ein wesentlicher Bestandteil für einen starken Zusammenhalt und ein solidarisches Miteinander“, so Gava weiter.

Sofern es die aktuelle Situation zulässt, soll die Verleihung des Alwine-Wellmann-Preises am 24. September stattfinden. Vorschläge für preiswürdige Projekte, Initiativen oder Organisationen können von allen Bürgerinnen und Bürgern online oder analog bei der SPD bis zum 20. August eingereicht werden.

Die entsprechenden Formulare und alle weiteren Informationen zum Preis sind auf der Homepage der SPD Osnabrück zu finden.

Link zur Homepage: <https://www.spd-osnabrueck.de/alwine-wellmann-preis/>

WEBINAR FÜR NACHWUCHSJOURNALISTINNEN UND -JOURNALISTEN**Blick hinter die Kulissen****Liebe Genossinnen und Genossen,**

gemeinsam mit der Journalistenakademie der Friedrich-Ebert-Stiftung wird die SPD-Bundestagsfraktion auch in diesem Jahr ausgewählten Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten wieder einen „Blick hinter die Kulissen der Politik“ ermöglichen.

Dazu rufe ich als heimischer SPD-Bundestagsabgeordneter und Sprecher für Ernährung und Landwirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion bereits tätige oder noch studierende junge Journalist*innen auf, sich für die Teilnahme zu bewerben.

Um in diesem Jahr der Gefahr, die von der Corona-Pandemie ausgeht, verantwortungsvoll zu begegnen, muss der direkte Austausch vor Ort diesmal leider ausbleiben. So wird die SPD-Bundestagsfraktion diese Hospitanz im September 2020 als WEBINAR anbieten.

Das Webinar bietet die Gelegenheit, mit hochrangigen Politikerinnen und Politikern ins Gespräch zu kommen und gibt einen Einblick in ihren Arbeitsalltag im Deutschen Bundestag bzw. in der SPD-Bundestagsfraktion. Außerdem können die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Rahmen von Diskussionsrunden mit Medienvertreter*innen wertvolle Informationen über die journalistische Arbeit von Hauptstadtkorrespondent*innen

und das Zusammenwirken von Medien und Politik erfahren.

Das Webinar ist für (Nachwuchs-) Journalist*innen, die sich für politische Berichterstattung qualifizieren wollen, gedacht. Da für diese Veranstaltung nur eine begrenzte Anzahl von Teilnahmeplätzen zur Verfügung steht, ist eine Bewerbung bis zum 24. Juli 2020 zwingend erforderlich.

Die Bewerbungen laufen auch in diesem Jahr wieder über die Journalisten-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung, die diese Hospitanz als Teil ihres Fortbildungsprogramms anbietet. Interessierte Mediennachwuchskräfte können sich über die Website www.fes.de oder über mein Wahlkreisbüro informieren und für die Veranstaltung bewerben.



HERZLICHE GRÜSSE
EUER RAINER SPIERING

**Neues aus dem Europäischen Parlament****Liebe Genossinnen und Genossen,**

derzeit ist das Thema Wasserstoff in aller Munde. Warum? Weil er für die saubere Stromerzeugung in Brennstoffzellen und als Energiespeicher eingesetzt oder in der Industrieproduktion verwendet werden kann. Wasserstoff kann z. B. anstelle von Koks in der Stahlherstellung eingesetzt werden. Mit einem Mal wäre die Stahlproduktion CO2-frei. Wasserstoff ist für eine klimaneutrale Wirtschaft also sehr wichtig. Gerade in Niedersachsen können wir die Vorteile nutzen. Wir haben die Windenergie, um ihn zu erzeugen, bei der Stahlherstellung in Salzgitter oder in Bremen kann er direkt eingesetzt werden.

Die Europäische Kommission wird in den kommenden Wochen endlich eine Wasserstoff-Strategie vorschlagen. Das ist gut so und überfällig. Denn klar ist: Wir müssen viel Geld in Forschung, Produktionsanlagen und grenzüberschreitende Infrastruktur investieren, das können wir am besten europäisch. Daran arbeite ich im Europäischen Parlament, damit nicht nur Niedersachsen grüner wird!



EUER TIMO



Termine für OS-SozialdemokratInnen

Montag, 13. Juli

AG 60plus, 15 Uhr: Mitglieder-
versammlung; AWO-Zentrum,

Holtstraße 43

Dienstag, 14. Juli

OV EVERSBURG/NATRUPER TOR, 19 Uhr: Partei-
öffentliche Vorstandssitzung; Hotel Kohlbre-
cher, Wersener Landstraße 2

Freitag, 17. Juli

AsF, 17 Uhr: AsF-Vorstandssitzung; Müt-
terzentrum im Haus der Jugend, Große Gilde-
wart 6-9

Samstag, 1. August

10 Uhr: **Politisches Familienfrühstück**:
Du betreust Kinder und möchtest dich den-
noch gesellschaftlich engagieren? Dir bren-
nen Themen wie Care-Arbeit, Vereinbarkeit
und Gleichberechtigung auf dem Herzen
und du magst diese stärker in die Parteiar-
beit einbringen? Du willst mal Dampf ablas-
sen oder hast einfach Lust, dich mit Gleich-
gesinnten auszutauschen?

Komm vorbei! Bring die Kinder mit! Lass
uns reden! Wir laden junge Genoss*innen mit
ihren Kindern im ungezwungenen Kreis zum

politischen Austausch ein. Bringt ein, was euch
bewegt und lasst uns gemeinsam etwas verän-
dern!

Erstes Treffen: Samstag, den 1. August 2020,
ab 10 Uhr; Turnus: Jeden 1. Samstag im Monat;
Ort: Spindelstraße, 49074 Osnabrück (genaue
Adresse nach Anmeldung)

Wir treffen uns zwar im Freien, weisen
aber darauf hin, dass der Mindestabstand von
1,5 Metern bitte einzuhalten und auf gelten-
de Hygieneregeln zu achten ist. Bitte bis zum
25.07.2020 bei den Organisator*innen per Mail
anmelden:

Anne: frauannesiegler@googlemail.com

Carolin: carolin.neubert@posteo.de

Sebastian: sebastian.siegler@gmx.de

Montag, 10. August

AG 60plus, 15 Uhr: Mitgliederversamm-
lung; AWO-Zentrum, Holtstr. 43

Donnerstag, 27. August

AfB, 19:30 Uhr: AfB-Sitzung, Thema: Kom-
munale Schulentwicklung Osnabrück. Wenn
möglich, wird die Sitzung im Haus der Jugend
stattfinden, sonst digital. Mit Bitte um Anmel-
dung an info@spd-osnabrueck-bildung.de.



Kurz notiert aus Stadt und Land

Gesunde

Geschäftsstelle (Teil 14)



Die SPD-Geschäftsstellen wurden für
die Zeit der Corona-Pandemie umgestaltet,
so dass sie seit Mitte Juni wieder für den Pu-
blikumsverkehr geöffnet sind. Es wird aber
um telefonischen Voranmeldung gebeten,
gerade um die Abstandsregeln einhalten zu
können und damit keiner vergebens anreist.

SPD-OV Schinkel: Flexible Ampelsteuerung nötig



Binnen Spaarne in Haarlem

„Haarlem, Osnabrücks niederländische
Partnerstadt, gibt in Corona-Zeiten grünes
Licht für die Abstandsregeln“, zeigt sich Dirk
Koentopp, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins
Schinkel, begeistert. Die Stadtverwaltung
von Haarlem hat viele Ampeln umgestellt,
um die Wartezeiten für Radfahrer und Fuß-
gänger zu verkürzen, um auch den gestie-
genen Radverkehr besser zu lenken und das
Einhalten der Abstandsregelungen für Fuß-
gänger zu erleichtern.

Im Ortsvereinsvorstand stellte sich die Fra-
ge, ob das Osnabrücker Verkehrsleitsystem
dieses auch leisten könne. „Wie schnell
kann auf veränderte Verkehrssituationen
und den Wechsel von Verkehrsmitteln re-
agiert werden?“ – Die Kosten für eine Fle-
xibilisierung wird der Ortsverein über seine
Ratsmitglieder in Erfahrung bringen. Auch
wird Kontakt zur niederländischen Schwes-
terpartei (Partij van de Arbeid) in Haarlem
aufgenommen, um die technische und vor
allem politische Umsetzbarkeit zu erfragen.

ZUR ANGEKÜNDIGTEN SCHLISSUNG DES GALERIA-KAUFHAUSES

Bittere Nachricht für Osnabrück

Die SPD Osnabrück
und die SPD Ratsfraktion
Osnabrück bedauern zu-
tiefst das Aus für das Os-
nabrücker Traditionskauf-
haus Galeria Kaufhof.

„Der Verlust des re-
nommierten Galeria-
Kaufhauses ist eine
bittere Nachricht, insbe-
sondere für die 65 Mitar-
beiterinnen und Mitar-
beiter am Osnabrücker
Standort, die nach einer
langen Zerreißprobe nun ihre Arbeitsplätze
verlieren“, so der SPD-Vorsitzende Manu-
el Gava und der SPD-Fraktionsvorsitzende
Frank Henning.

„Schon die vergangenen Jahre waren
für die Galeria-Beschäftigten durch den
Zusammenschluss von Galeria Kaufhof und
Karstadt eine unruhige Zeit, die auch von
Gehaltseinschnitten und dem Bangen um
den Arbeitsplatz geprägt war – die Eröff-
nung des Schutzschirmverfahrens im Rah-
men der Corona-Pandemie war ein nächster
schwerer Schlag. Die Chance der Unterneh-
mensführung, im Schutzschirmverfahren
eine zukunftsfähige Lösung für den Osna-
brücker Standort zu finden, wurde vertan.“



Icon erstellt von Freepik auf www.flaticon.com

Umso seltsamer ist
es, dass die Osnabrücker
Grünen im gleichen Atem-
zug das Bedauern um die
Arbeitsplätze kundtun,
aber zeitgleich auch schon
neuen Wohnungsbau in
dem Gebäude fordern. Ist
es nicht eher angebracht,
sich erst um die Arbeits-
plätze und die dahinter-
stehenden Schicksale zu
kümmern, als schon das
Fell des Bären zu vertei-
len?

Die SPD Osnabrück solidarisiert sich mit
den Angestellten des Osnabrücker Galeria-
Kaufhauses und fordert von der Unterneh-
mensleitung sozialverträgliche Übergänge
für die Osnabrücker Beschäftigten, neue Be-
schäftigungsmöglichkeiten und Zukunft-
chancen für die Mitarbeiterinnen und Mit-
arbeiter“, so die beiden SPD-Politiker.

„Und auch für die Osnabrücker Innen-
stadt ist die Schließung des Kaufhauses
eine bedauerliche Nachricht – Osnabrück
verliert mit Galeria Kaufhof ein beliebtes
Kaufhaus“, kommentieren Manuel Gava
und Frank Henning.

OB UND SCHWARZ-GRÜN MACHEN POLITIK GEGEN ELTERN**SPD-Fraktion: Höhere Elternbeiträge ab August sind falscher Weg**

„Ab August 2020 ist es wieder so weit: Der von Oberbürgermeister und Schwarz-Grün beschlossene Weg, Familien in Osnabrück noch stärker zu belasten, wird von der Verwaltung weiter umgesetzt. Nicht nur, dass in den letzten Jahren die Elternbeiträge um 5 % (im Jahr 2018) und 4 % (im Jahr 2019) erhöht wurden. In diesem Jahr wird zusätzlich zu einer nochmaligen Erhöhung der Elternbeiträge – speziell in der Altersgruppe 0 bis unter 3 Jahren – auch die Geschwisterregelung für Krippen- und Hortkinder abgeschaft. Das heißt, Eltern, die in der Vergangenheit in Osnabrück für ihr zweites Kind keinen Beitrag zahlen mussten, werden nun mit einem hälftigen Beitrag zur Kasse gebeten“, werden Frank Henning, Fraktionsvorsitzender der SPD im Osnabrücker Rat, und Kerstin Lampert-Hodgson, familienpolitische Sprecherin der Rats-SPD, in einer gemeinsamen Pressemitteilung zitiert.

„Über 18 Prozent sollen Eltern eines Krippenkindes ab August mehr zahlen (statt ca. 200 Euro rund 236 Euro pro Monat für eine achtstündige Betreuung). Ist noch ein Geschwisterkind in einer solchen Betreuungsform, werden zusätzlich nochmals fast 120

Euro fällig, ist die große Schwester oder der große Bruder ggf. in einer Hortbetreuung, sind es immerhin noch zwischen ca. 60 Euro und ca. 90 Euro“, weiß Lampert-Hodgson zu berichten.



Die von OB und Schwarz-Grün beschlossenen Elternbeiträge für Krippen- und Hortkinder sind eine unnötige zusätzliche Belastung für junge Eltern (Bild von Kaboompics.com/pexels.com).

„Über 3.000 beitragszahlende Familien in Osnabrück sind von diesen Regelungen betroffen. Vor allem Alleinerziehende und Familien mit einem mittleren Einkommen sind die Leidtragenden. Die SPD-Fraktion hat sich von Anfang an gegen einen solchen Kahlschlag unserer frühkindlichen Bildungslandschaft gestellt. Wir unterstreichen nochmals in aller Deutlichkeit: Hier ist jeder

Cent gut investiertes Geld“, so Henning weiter.

„Die Ironie des Schicksals: Das schwarz-grüne Bündnis spart mit der massiven Erhöhung der Elternbeiträge 850.000 Euro ein. Das Land Niedersachsen hat jedoch im Rahmen der Beitragsbefreiung ab 2018 für Kindergartenkinder ab drei Jahren der Stadt Osnabrück eine höhere Finanzhilfe gewährt, die so hoch ist, dass Osnabrück fast 1,5 Millionen Euro mehr vom Land erhält, als an Elternbeiträgen wegfällt. Es liegt also eine Überkompensation der wegfallenden Elternbeiträge durch die höhere Finanzhilfe des Landes vor. Die SPD-Fraktion hat bereits zu den letzten Haushaltsberatungen ein entsprechendes Finanzkonzept vorgelegt. Die Beitragserhöhung zu Lasten der Eltern hätte es also nicht gebraucht. Im Gegenteil, die Krippenbeiträge hätten, wie von der SPD gewollt, ganz abgeschaft werden können“, so Henning und Lampert-Hodgson abschließend.



Kerstin Lampert-Hodgson
(Foto: Timm Schaefer)

STADTVERWALTUNG MUSS HANDELN UND BÜRGER*INNEN SCHÜTZEN**Hauseigentümer mit Graffiti-Vandalismus nicht alleine lassen**

Die SPD-Fraktion hat in den letzten Monaten eine verstärkte Zunahme von Graffiti-Vandalismus wahrgenommen. In allen Stadtteilen, besonders in der Weststadt, werden zunehmend Häuser mit Schmierereien versehen. Wir haben daher zu diesem Thema bereits in der Vergangenheit Gespräche mit der Stadt Osnabrück geführt, um die Sensibilität zu erhöhen. Da dieser Entwicklung jedoch aktuell von der Stadt nichts entgegengesetzt wird, werden wir in der nächsten Ratssitzung eine Anfrage stellen, um zu erfahren, welche Strategien städtischerseits entwickelt wurden, um dieses bekannte Problem zu lösen“, so Frank Henning, SPD-Fraktionsvorsitzender, und Anita Kamp, ordnungspolitische Sprecherin der Rats-SPD.

„Hierbei handelt es sich nicht nur um eine Sachbeschädigung, sondern auch um eine Verunstaltung des Straßenbildes. Hauseigentümer, die sich, wie in dem aktuellen Fall berichtet, auch noch ehrenamtlich und finanziell für einen guten Zweck engagieren, werden doppelt bestraft. Aus unserer



Anita Kamp und Frank Henning
(Fotos: Timm Schaefer)

Sicht ist es nötig, dass die Verwaltung nun aktiv wird und zusammen mit der Polizei Strategien entwickelt, diesem Treiben ein Ende zu setzen. Es kann nicht sein, dass die Hauseigentümer durch Nichthandeln im Regen stehen gelassen werden und darüber hinaus auch noch die Kosten für eine Beseitigung zahlen müssen. Aus unserer Sicht ist der Unmut der Betroffenen mehr als verständlich“, so Henning und Kamp.

**Kontakt zur SPD-Ratsfraktion?**

RUFT UNS AN unter Tel. 0541 / 323 44 48 oder 0541 / 323 30 60

MAIL UNS: schlicke@osnabrueck.de

BESUCHT UNSER FRAKTIONS-INTERNET-ANGEBOT AUF www.spdfraktion-osnabrueck.de

SCHICKT UNS EIN FAX AN 0541 / 2 70 09

SCHREIBT UNS AN DIE ADRESSE:
Rathaus, 49074 Osnabrück

ODER GUCKT MAL PERSÖNLICH VORBEI
im Rathaus, (natürlich) Zimmer 1

**Bürgerforen in Osnabrück**

Aufgrund der Corona-Krise finden derzeit keine Bürgerforen statt. Das gilt voraussichtlich bis zu den Sommerferien. Bürgerinnen und Bürger können aber weiterhin Anfragen und Hinweise einreichen. Die Zusammenfassung der Anfragen und der Stellungnahmen der Verwaltung zu den jeweiligen Bürgerforen wird auf der folgenden Internetseite veröffentlicht:

www.osnabrueck.de/buergerforen/